

Do the Red Thing

Gespeichert von Editoram/um 19.06.2018 - 16:47

Eine Broschüre gegen Google Campus & Co

Communist Counter Campus



Über den Zusammenhang zwischen Wohnungsnot im Kapitalismus, Kalifornischer Ideologie und der Zukunft der digitalen Stadt.

Inhalt

0 Burning Man

I Google als Gentrifizierer

I. 1 Face the player ? Der Google-Campus in Berlin

I. 2 Fight the game ? Das Problem heißt Kapitalismus

I. 3 Fight the game Vol.2 ??Der Staat als Garant der Gentrifizierung

II. Start-Ups: Eine Larvenbranche

II. 1 Gründer_innengeist

II. 2 Der Senat als Förderer

II. 3 Brave new work?? Die digitale Klassengesellschaft

III. Californication

III. 1 California Dreaming

III. 2 Postfordistischer »Plattformkapitalismus«

III. 3 Der panoptische Nachbar und die Ersetzung von Politik durch Polizei

III. 4 Die smarte City als kybernetische Hölle

IV. Die kommunistische Stadt

im Kapitalismus und der Zukunft der digitalen Stadt wollen wir hier versuchen, ein wenig Klarheit zu bringen. Außerdem sind wir der Meinung, dass Google enteignet werden muss!

I Google als Gentrifizierer

I.1. Face the player ? Der Google-Campus in Berlin

Die Mietpreise in Berlin explodieren ? bundesweit am rasantesten. Wohnraum ist knapp, bezahlbarer Wohnraum erst recht. Jede*r, der oder die selbst nicht akut Probleme hat, kann wenigstens eine Geschichte aus dem FreundInnenkreis erzählen, über Verdrängung durch Luxussanierung, Zwangsräumung, horrenden Mieten, ausbleibende Wartungsarbeiten oder die generelle Unmöglichkeit, überhaupt eine Wohnung zu finden. Gentrifizierung, also die Aufwertung der Stadt auf Kosten der MieterInnen, ist gerade in Berlin ein großes Thema. Soweit die Gentrifizierung wie wir sie kennen.

In dieser katastrophalen Situation will nun Google seinen Campus mitten in Kreuzberg errichten. Damit aber geht die Gentrifizierung in ihre nächste Phase über, in der nur noch Großunternehmen und Besserverdienende sich die Miete leisten können. Google verspricht zwar, keine Wohnungen zu kaufen, um zu vermitteln, dass durch sie keine Mietsteigerung zu befürchten ist. Ran an den Wohnungsmarkt müssen sie selbst jedoch gar nicht, um für steigende Mieten zu sorgen. Das zeigt schon die Entwicklung in ihrer Homebase im Silicon Valley. Denn beim Google-Campus handelt es sich im Grunde um eine Innovationsabteilung des Konzerns mit wenigen Festangestellten und einem Heer von (potentiellen) Start-up-Gründer*innen. Der Campus soll ein Ort werden, an dem internetbasierte Dienstleistungsunternehmen und potentielle Un-

ternehmensgründer_innen versammelt werden. Ein Café soll es sein, zum Kennenlernen und Austauschen, mit Büroflächen, Veranstaltungs- und Schulungsräumen sowie gezielter Förderung. Ziel von Google ist es, nah an den Start-ups zu sein, um profitable Arbeitskräfte anzuwerben, erfolgsversprechende Unternehmen aufzukaufen oder sich finanziell an ihnen zu beteiligen.

Auch der Internetgigant Google braucht also jenseits der luftigen Clouds und Bots eine materielle Plattform, die die Voraussetzungen seines Geschäfts bildet, von Glasfaserkabeln über Strom bis zu den leeren Fabriketagen, in denen neue digitale Unternehmen und Innovationen entstehen sollen. Gleichzeitig ist die räumliche Nähe zum Campus für Start-ups und deren Betreiber*innen vielversprechend. Und auch diese Digitalnomaden brauchen Wohn- und Geschäftsräume. Der dadurch entstehende Bedarf an (kurzfristigen) Mietverträgen verstärkt den Druck auf den bereits angespannten Mietmarkt in Kreuzberg und Neukölln. Der Hot Spot Google-Campus ist also ein Incubator und Accelerator im emerging growth market Berlin-Kreuzkölln, von der Expansion bis zur Implosion. Oder übersetzt aus dem Start-up Slang: Entgegen aller Beteuerungen Googles werden die Mieten teurer. Der Tech-Konzern wird durch den Aufbau eines Zentrums für Start-ups Mietsteigerungen anheizen, in deren Folge immer mehr arme Menschen verdrängt werden. Damit werden auch die Lebensformen im Viertel weiter homogenisiert. Der »Bionadebiedermeier« des Prenzlauer Bergs wird in Kreuzberg und Neukölln alles andere verdrängen.

Doch Google ist dabei nicht alleiniger Verursacher von hohen Mieten. Der Google Campus ist zusammen mit anderen Akteurinnen wie Zalando, die auf der Cuvry-Brache ebenfalls einen Campus errichten wollten, oder der Factory am Görlitzer Park lediglich Teil der nächsten Phase der Gentrifizierung, in der nach den hippen Pionieren die großen Unternehmen kommen und die Mieten auf ein Niveau treiben, dass nur noch für sie und Besserverdienende finanzierbar ist. So sehr diese Konzerne die bestehende Lage der mietenden Klasse jedoch auch verschlimmern werden, noch haben sie ihre Quartiere nicht bezogen. Das gilt es also

zu verhindern. Aber auch wenn das gelingt, bleibt die Situation alles andere als rosig. Denn Gentrifizierung ist kein Alleinstellungsmerkmal großer Konzerne, sondern im Kapitalismus leider business as usual.

I.2 Fight the game ? Das Problem heißt Kapitalismus

Es ist richtig, Google und Konsorten daran zu hindern, nach Kreuzberg oder Adlershof zu ziehen. Allein schon, um punktuell die Mietsteigerung zu bremsen. Falsch ist es jedoch, allein die Phase der Gentrifizierung zu kritisieren, in der große Unternehmen zunehmend den Ton im Viertel angeben. Denn Google, Zalando und Konsorten sind lediglich erfolgreiche und mächtige Player im Gentrifizierungsprozess, nicht deren Auslöser. Natürlich treiben sie die soziale und kulturelle Umwandlung sowie Aufwertung voran, in deren Folge die ökonomisch Schwächeren vertrieben werden. Erfunden haben sie diese Dynamik jedoch nicht.

Ebenso wie Investor*innen und sogenannte Immobilienspekulant_innen, tun sie, was der Kapitalismus ihnen ermöglicht und gleichzeitig aufzwingt. Sie setzen Kapital ein, um Profit zu erwirtschaften. Das Spiel der Spekulation auf ein zukünftiges Einkommen ist dabei strukturell das gleiche ?

egal, ob der sympathische Hausbesitzer aus dem ersten Stock von den Mieteinnahmen die nächsten 40 Jahre leben will oder ein Immobilienfond einen Häuserblock kauft, um ihn nach fünf Jahren gewinnträchtig weiterzuverkaufen. Beide spekulieren mit ihrem eingesetzten Kapital darauf, Profit aus ihrem Besitz zu ziehen. Das ist eine der Grundkonstanten der sogenannten Marktwirtschaft, die so lange fortbestehen wird, wie der Kapitalismus existiert. Es sind Privateigentum, Konkurrenz und Profitlogik, die die kapitalistische Vergesellschaftung grundlegend strukturieren und die ursächlich schuld an der Gentrifizierung und Vertreibung sind. Einzelne Akteure können dabei besonders fair, grausam oder geschickt sein. Für Wohnraum im Kapitalismus ist der Tauschwert, also der Wert des Objekts entscheidend und nicht der Gebrauchswert, also die Option, sich ein heimeliges Zuhause zu ermöglichen. Deswegen werden im Kapitalismus auch immer mehr Wohnungen im höheren Preissegment gebaut. Wohnungen für Arme werfen einfach nicht genug Gewinn ab.

Solange also nicht bewusste, kollektive Aushandlung und vernünftige Planung bestimmen, wer wann und wo wohnt, gilt grundsätzlich der Verwertungszwang und somit das Gesetz des (ökonomisch) Mächtigeren. Das Einkommen aus Lohnarbeit ist es in der Regel nicht, welches in diesem Spiel zu großem Einfluss führt, sondern die Einkünfte aus Kapital und Grundbesitz. Dieser Einfluss wird durch die aktuell steigenden Mieten noch weiter vergrößert. Denn wenn ein zunehmend größerer Anteil des Lohns für Miete aufgebracht werden muss, ohne dass die Löhne in gleichem Anteil steigen, sinkt der Anteil der Lohnarbeit am gesamtgesellschaftlichen Reichtum. Und somit auch eine, wenigstens geldvermittelte, Einflussnahme der Lohn-

abhängigen. Jede Mieterhöhung ohne Lohnerhöhung bedeutet also eine weitere Umverteilung des Vermögens und einen weiteren Sieg für das (Immobilien-)Kapital. Der Klassenkampf von oben ist in vollem Gange.

I.3 Fight the game Vol.2 ??Der Staat als Garant der Gentrifizierung

An dieser knallharten Politik der Umverteilung von unten nach oben hat der Staat einen beträchtlichen Anteil. Zuallererst legt und sichert er ganz strukturell die Grundlagen für den kapitalistischen Normalvollzug. Denn, dass einzelne Wohnungen oder ganze Häuserblöcke überhaupt als Ware gehandelt, also auch

vermietet werden können, stellt freundlicherweise der Staat sicher. Er gewährleistet schon mit dem Grundbucheintrag, dass der aus Grundstücken und Häusern geschlagene Profit rechtmäßiges Eigentum des Kapitals bleibt und schickt ein paar Bullen mit einem Räumungsbescheid, wenn Mieter*innen das mal praktisch in Frage stellen. Die Gewährleistung des Privateigentums ? ob an Produktionsmitteln, Wohnungen oder Boden ? ist eine der zentralen Aufgaben des Staates.

Darüber hinaus versucht der Staat durch seine konkrete Politik, die Bedingungen der Kapitalakkumulation in seinen Grenzen zu verbessern und gleichzeitig den sozialen Frieden zu wahren. Je nach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen kann dies neoliberal, sozialdemokratisch, völkisch oder sonst wie ausfallen. Entscheidend ist, ob die Bedingungen so gestaltet werden können, dass der Rubel rollt und der Staat auf dem Weltmarkt bestehen kann. Das schafft der Standort Deutschland derzeit vergleichsweise gut. Er verspricht Rechtssicherheit, ist trotz langwieriger Regierungsfindung politisch stabil und hat eine relativ starke Wirtschaft. All das gelingt ihm nicht zuletzt dank einer Austeritätspolitik nach innen, die durch einen in Europa einmaligen Niedriglohnsektor und das Sanktionsregime Hartz IV den Exportweltmeistertitel sichert; dadurch also, dass er die anderen Staaten niederringt, lokale Wirtschaften zerstört und so die BRD im weltweiten Wettbewerb attraktiv für das Kapital macht.

Damit erscheint Deutschland für das Kapital zwar mitunter attraktiver als andere Orte der Welt, dennoch versprechen Anlagemöglichkeiten wie Aktien oder Staatsanleihen auch hierzulande keine besonders hohen Zinsen. Folglich flieht das Kapital in Immobilien und Boden, da die Bodenpreissteigerung und die Mieteinnahmen im Gegensatz zu den Zinsen ein höheres und sichereres Einkommen versprechen. Begünstigt wird dieser Effekt wiederum durch die Niedrigzinspolitik der EZB. Angetreten, um der deutschen Austeritätspolitik in Europa etwas entgegenzusetzen, sorgt sie dafür, dass noch mehr Kapital zu niedrigen Zinsen in Umlauf ist. So wird die immer schon stattfindende Spekulation auf Immobilien und Boden weiter angeheizt.

Während also das Kapital mangels Alternativen auf dem Immobilien- und Bodenmarkt derzeit in Berlin sein Glück findet, geraten die Menschen in die Krise. Für sie wird es immer schwieriger eine Wohnung zu finden und zu bezahlen. Auch in anderen deutschen Metropolen suchen mehr und mehr Menschen nach Wohnungen. Denn während etwa in ländlichen Regionen das Kapital abzieht und Lohnarbeit knapp wird, konzentriert es sich ? und somit die Aussicht auf Jobs ? in großen Städten. Daher steigt auch die Nachfrage nach Wohnungen, was wiederum die hohen Mietpreise rechtfertigt. Hohe Mieten sind das Opfer, das Mieter*innen für das Kapital und den Standort Deutschland darbringen.

Doch der Erfolg der Exportweltmeisterbestie Deutschland garantiert keinesfalls den Erfolg Berlins oder anderer Städte. Der Berliner Senat steht wie der deutsche Staat vor der Herausforderung, sich in der Staaten- und Städtekonzurrenz zu behaupten und möglichst viel Kapital anzuziehen. Während jedoch ein Großteil der deutschen Wirtschaft kapitalintensives und industrielles Gewerbe ist, gibt es in Berlin weder das eine noch das andere. Angesichts dessen hat sich der Berliner Senat in der Vergangenheit als guter Deutscher erwiesen und versucht, durch neoliberale Umverteilungspolitik vom öffentlichen in den privaten Sektor attraktiv zu werden ? arm-aber-sexy eben, fürs Kapital. In gewisser Weise ist diese Rechnung auch aufgegangen. Viele Schulen sind marode, die Verwaltung ist überlastet, 100.000 Wohnungen wurden unter dem rot-roten Senat verkauft, der Neubau liegt weit unter dem Zuzug, die BVG ist teuer und macht mit ihrer Dysfunktionalität Werbung. Dafür boomt der Immobilienmarkt und die Steuergelder werden in monströsen Infrastruktur- und Prestigeprojekten wie dem BER und dem Hauptbahnhof versenkt. Aktuell versucht der Senat Berlin als Hauptstadt einer kreativen Techökonomie und als sogenannte »smart city« auf dem internationalen Markt zu platzieren, wie eben London oder das eingangs erwähnte Silicon Valley. Das kreative und kulturelle Image Berlins wird darin produktiv gemacht. Es wird zur Marke. Die Stadt wird zum Abziehbildchen, um als attraktiver Standort für Jungunternehmer*innen zu dienen. Start-ups sollen

angelockt werden in der Hoffnung, sie werden eines Tages profitabel, um damit Arbeitsplätze sowie Steuereinnahmen zu generieren. Der Google Campus ist daher für die rot-rot-grüne Stadtregierung ein Geschenk. Er ist die 1 zur 0 der Stadtplanung des Senats. Der Campus, so die Hoffnung, soll als Beschleuniger dienen, um zukünftig noch mehr dieser Unternehmen anzuziehen. Michael Müller (SPD), amtierender Bürgermeister Berlins, freute sich entsprechend: »Heute ist ein guter Tag für Berlin. Mit dem Campus Berlin entsteht in unserer Stadt ein neuer Ort der Kooperation, der Kreativität und des Entrepreneurships.«

II. Start-Ups: Eine Larvenbranche

II.1 Gründer_innengeist

Die anvisierte Start-up-Ökonomie ist eine Larvenbranche, in der laufend Unternehmen gegründet werden, ohne jemals über die erste Entwicklungsphase hinauszukommen. Zwar kann prinzipiell jede Unternehmensgründung als Start-up gelten, jedoch verspricht gerade der Tech-Bereich scheinbar unendliche Möglichkeiten für sogenannte »Innovationen« und softwarebasierte Geschäftsmodelle, die nur geringes Startkapital benötigen und potentiell hohe Gewinne abwerfen können. Doch nur die Wenigsten haben das Glück, als schillernder Schmetterling oder »Unicorn« von einem der Big 5 der Techindustrie ? neben Google gehören dazu Amazon, Facebook, Apple und Microsoft ? oder anderen großen InvestorInnen aufgekauft zu werden, womit für viele der »Gründer_innen« bereits ihr Ziel erreicht wäre. Mit dem Google-Campus verbindet sich für Start-ups in Berlin deshalb das Versprechen, durch räumliche Nähe und persönlichen Kontakte die eigenen Erfolgsaussichten zu erhöhen. Ausgewählte Start-ups dürfen im Google Campus »networken« und ihre Ideen präsentieren. Die attraktivsten werden von Google aufgekauft, ihre Technologien und Daten in die Produktpalette integriert.

II.2 Der Senat als Förderer

Die Neuinszenierung von Berlin als Start-up-City und damit die Ansiedlung von Tech-Unternehmen in den inneren Stadtbezirken ? also gerade da, wo der Druck auf den Wohnungsmarkt schon am größten ist ? offenbart die Verzweiflung der offiziellen ökonomischen Politik des Senats. Der folgt darin dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das schon seit Jahren in zahlreichen Berichten die Creative Industries zur Zukunftsbranche schlechthin erhebt. Damit die Leute es mit dem eigenen Start-up auch richtig anstellen, hat es auf seiner Internetseite sogar ein Existenzgründungsportal eingerichtet. Portale, Zentren, Anlauf und Förderung für zukünftige (Selbst-)Ausbeuter gibt es mittlerweile einige in der Stadt, nicht zuletzt an jeder Berliner Uni. In regionalökonomischen Standortplädoyers (wie z.B. »Berlin-Strategie 2.0 ? Stadtentwicklungskonzept 2030«) stechen dabei vor allem Strategien heraus, mit denen versucht wird, die globalen Player der Informations- und Datenwirtschaft durch die Zurschaustellung kreativer Milieus anzulocken. Deren Kultivierung als wesentliche Ressource der New Economy wird längst nicht mehr dem Zufall überlassen, sondern soll durch entsprechende städteplanerische Maßnahmen in sogenannten »seedbeds« beschleunigt werden. Die vielgepriesene ?Kreativität? des Milieus bedarf offenbar auch in der Sphäre der digitalen Unternehmen des physischen Raums: Kontakt und Austausch zwischen Menschen, die gemeinsam Ideen entwickeln. Dafür scheint Kreuzberg mit seinen Cafés, Bars und Clubs sowie dem vielfältigen Kultur- und Freizeitangebot wie geschaffen. Denn nicht in langweiligen Büros, sondern beim Bier am Kicker werden heute Geschäftsideen entwickelt. Und wer hockt schon gern abgeschlagen in Adlershof?

II.3 Brave new work?? Die digitale Klassengesellschaft

»Jeder achte neue Arbeitsplatz in Berlin wird inzwischen von der Digitalbranche geschaffen«, frohlockt daher auch eine Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums im September 2017. Die Branche hat einen guten Ruf, denn schnelle Aufstiegschancen und flache Hierarchien winken. Doch jenseits der Glas- und Backsteinfassaden von Google Campus, Factory und »Gründerszene« wird jede Menge prekäre und stupide technisch vermittelte Arbeit geleistet. Die pro Stück bezahlte Klickarbeit, die von zuhause am Küchentisch funktioniert, ist die Spitze des Eisbergs einer Ökonomie für die komplett Austauschbaren. In der Stadt sind etwa Callcenter oder Essens- und Paketauslieferer die hässlichen Anhängsel der Techbranche. In Amazon-Versandlagern sorgen Linien auf dem Boden für die räumliche Trennung unterschiedlicher Gruppen von Mitarbeiter*innen, hire-and-fire-Praxis und die selektive Verteilung von Boni sollen Solidarisierung und Organisierung verhindern. Die Deliveroo- oder Amazon-»Familie«, die von den Unternehmen beschworen wird, ist für viele der MitarbeiterInnen ein schlechter Witz. Auf den unteren Stufen der digitalen Ökonomie ist Kooperation weder möglich oder erwünscht. An amerikanischen Google-Standorten werden die Gruppen von Arbeiter_innen gar mit verschiedenfarbigen Badges hierarchisiert: Privilegien wie Shuttleservice und Freizeitmöglichkeiten gibt es nur für die Wenigen. Wer nicht zur »creative class« gehört, sondern etwa lediglich in Akkordarbeit Bücher einscannt, für den gibt es keine flachen Hierarchien.

Ähnliches gilt für die Offenheit des Ortes, die in der Bewerbung des Google Campus in Anschlag gebracht wird. Diese gilt nur für Ausgewählte und ist Ausdruck der digitalen Klassengesellschaft: Wie die Designer*innen oder Entwicklerinnen im kalifornischen Bällebad sollen auch die Berliner »Gründer_innen« in angenehmer Umgebung ihre besten »Pitches« austauschen. Diejenigen, die das Bällebad putzen ? Überraschung! ? haben dabei keinen Anspruch auf Mitsprache oder kostenlose Bio-Snacks in der Mittagspause. Der Begriff der »Gründergemeinschaft«, die sich im Google-Campus versammeln soll, suggeriert zwar, dass es sich dabei um einen Ort freier Vernetzung handelt. Wie frei dieser Ort wirklich ist, zeigt aber schon eine Einschätzung aus der Szene an: »Burnout ist kein Must-have, kann aber helfen.« (gruenderszene.de). Der allgegenwärtige, aber stumme Konkurrenz- und Innovationszwang verwandelt die Gründerinnensubjekte in Arbeitstiere, die sich ihre freiwillige Selbstaussbeutung mit Phrasen von Freiheit, Weltverbesserung und Selbstverwirklichung schönreden. Der zum Beruf gemachte Traum wird unter dem Zwang, sich auch verwerten zu müssen, schnell zum Alptraum.

Letztlich ist der Campus aber ein Marktplatz wie jeder andere, in dem um die Gunst des Gastgebers und um dessen monetäre Zuwendung konkurriert wird. Und diese Konkurrenz ist hart. Im GC wird dieser Auslese schlicht ein neuer Ort gegeben, der das Privileg des Kaufens Google vor die Füße legt.

III. Californication

III.1 California Dreaming

Wenn auch der GC in Berlin vorläufig nur einer der vielen großen Beschleuniger von Verdrängung und Prekarisierung ist, so steht Google ? bzw. nach der Unternehmensumstrukturierung Alphabet Inc. ? doch für etwas mehr als die anderen Co-Working- und Immobilien-Unternehmen. Zusammen mit Amazon, Facebook, Apple und Microsoft stellt Google eines jener weltweit agierenden Tech-Unternehmen dar, die mittlerweile zu den kapitalstärksten der Welt zählen. Doch sollte man diese nicht als herkömmliche Konzerne begreifen.

Es beginnt bei ihren Imagekampagnen wie Googles ehemaligen Slogan »Don?t be evil«, die nicht die

Marke bewerben, sondern vielmehr, wie sich der Konzern angeblich um seine digitalen Nutzerinnen kümmert und durch seine Produkte nicht nur Individuen, sondern die Welt voranbringt. Diesen neuen »Geist« des Kapitalismus speisen die Unternehmen aus den Gegenbewegungen zur sinnentleerten Wohlstandsbürgerlichkeit der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Das Hippie- und Weltverbesserertum aus Kalifornien floss maßgeblich mit in das Selbstverständnis der heutigen Vorstände und ihre Agenda ein. Angereichert werden diese Elemente der Gegenkultur nicht mit radikalem Antikapitalismus, sondern mit einem protoreligiösen Glauben an technologischen Fortschritt und die demokratisierenden Kräfte des unreglementierten Markts. Dieser Marktfundamentalismus entspringt einem unreflektierten Epigonentum des Wirtschaftsliberalismus von Hayek bis Friedman. Die Paradoxie dieses Ideenpatchworks brachte ein weiteres ausgedientes Google-Motto auf den Punkt: »You can make money without doing evil.«

Nein, das kann man nicht. Wie Marx im Kapital bemerkte: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.« Die soziale und ökologische Katastrophe, die die Kapitalakkumulation ist, wird nicht dadurch aufgehalten, dass man diese Profitmacherei technisch optimiert, die gesellschaftliche Vermittlung noch totalitärer dem »Friss oder stirb« des Marktes aussetzt oder die Hierarchien flach hält.

Die Techunternehmen versprechen sich und uns jedoch die Lösung aller Menschheitsprobleme. In ihren Augen ist es nur die unzureichende digitale Durchdringung der Welt, also die fehlende Vermittlung von Daten und Informationen, die diese Probleme schafft. Erst die totale Transparenz und Kommunikation aller Bedürfnisse in Echtzeit ? ermöglicht durch die neue Informationstechnologie, durch das Abgreifen sämtlicher Daten von Freundeslisten über Autobewegungen bis zu Windgeschwindigkeiten ? soll die smart-sinnvolle Verwaltung der Gesellschaft garantieren. Angebot und Nachfrage würden so zur Deckung gebracht, jedes Bedürfnis quasi schon bei seiner Formulierung befriedigt und jeder gesellschaftliche Prozess durch allseitige Partizipation und Transparenz seines Konfliktcharakters beraubt und in harmonische Diversität überführt.

Einzigster Haken an der Sache: die Befriedigung der Bedürfnisse bleibt weiterhin vom Geldbeutel der Bedürftigen abhängig. Der Zugang zu den schönen neuen Tools und Gadgets, die das Leben so leicht machen sollen, wird nicht von der vernünftigen Planung einer freien Assoziation geregelt und somit perspektivisch allen Menschen zugänglich gemacht, sondern von den gnadenlosen Marktgesetzen, nach denen nur angeboten wird, was Gewinn bringt und nur benutzt werden kann, was man auch bezahlt hat. Am Kapitalverhältnis wollen die digitalen Freigeister nicht rühren. Daher kommt die von ihnen anvisierte Verwaltung gesellschaftlicher Antagonismen durch Informationstechnologien auch der Abschaffung von Politik und ihrer Ersetzung durch eine allgegenwärtige Polizei gleich.

III.2 Postfordistischer »Plattformkapitalismus«

Unterhalb der schönen Oberflächen von Suchmasken, Gesichtsbüchern, Online-Handel und personalisierten Computern jeder Größe haben die High-Tech-Unternehmen aus dem Silicon Valley eine enorme Produktivkraftentwicklung entfacht. In den 60er und 70er Jahren brachen in der ganzen westlichen Welt die Profitraten u.a aufgrund enormer Überproduktion ein. Eine Möglichkeit, sie zu retten, war die Verkürzung der Zirkulationszeit von Waren durch verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten. Durch die Computerisierung und das Internet wurde eine weltweite Text-, Bild- und Tonkommunikation quasi in Echtzeit ermöglicht. Die kalifornischen High-Tech-Unternehmen ermöglichen die Umschlagszeit des Kapitals drastisch zu verkürzen, indem sie über die Datenauswertung und -koordination die gesamten Produktions- und Verteilungsketten durchrationalisieren und automatisieren. Während Google und Facebook

zielgerichtete Werbung ermöglichen, die Käufer*innen und Verkäufer präzise zusammenführen soll, kümmert sich Amazon um die Prime-Auslieferung der erfolgten Bestellungen. Beschleunigung und permanente just-in-time Kontrolle ist also die Devise.

Essenziell für das heutige Geschäftsmodell der High-Tech-Firmen ist daher vor allem die Nutzung und Weiterentwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Bisher verdient etwa Google einen erheblichen Teil seines Geldes mit personalisierter Werbung. Die Daten, die man ihnen über ihre Plattformen gratis zukommen lässt, sind das Rohmaterial für das Geschäftsmodell von Google. Kundenprofile und der Zugang zu eben jenen Daten, z.B. über Google Analytics, sind das Produkt, das gewinnträchtig an (Werbe)unternehmen verkauft wird. Ihre Gewinne reinvestieren sie zu einem guten Teil wiederum in andere Firmen, Start-ups und Forschung. Google/Alphabet expandiert in ganz unterschiedliche Bereiche wie Bildung, Künstliche Intelligenzforschung, Genetik und eben auch Stadtentwicklung. Googles Campus-Projekt ist in diesem Sinne zu verstehen. Um den eigenen Innovationsvorsprung weiter auszubauen und neue Einnahmequellen zu erschließen, will Google fähige Entwickler_innen um sich versammeln, deren Start-up-Unternehmen oder Ideen es weiter ausbaut und anschließend aufkauft, insofern sie Profite versprechen. Die kalifornischen High-Tech-Unternehmen vollziehen so eine Durchökonomisierung aller Lebensbereiche, vom Konsum über die Freizeit bis zu den sozialen Beziehungen. Zunehmend wird diese Ökonomisierung durch digitale Plattformen wie Amazon, aber auch Google, Facebook, Airbnb, Uber, Deliveroo usw. organisiert, so dass durchaus von einem »Plattform-Kapitalismus« geredet werden kann.

Durch die über seine Suchmasken gesammelten Daten steigert Google also sein Wissen und seine Macht. Denn wie jedes Unternehmen sind auch die High-Tech-Riesen an einer permanenten Expansion interessiert. Das bedeutet einerseits, dass alles, was noch nicht unmittelbar in Geld umsetzbar ist, in die Warenform gebracht und damit zu Gewinn gemacht werden soll. Jede Lebensregung soll verwertbar werden. Andererseits strukturieren die Unternehmen des digitalen Kapitalismus aber auch bestehende andere Unternehmen und staatliche Institutionen radikal nach ihren Prinzipien der totalen Verdatung um. So diktiert Amazon bereits die Produktionsbedingungen für diejenigen, die ihre Waren über diese Plattform losschlagen wollen. Die völlige Automatisierung der Warenlieferung, die Amazon anstrebt, dürfte den Standard für alle anderen setzen. Letztlich soll die ganze Gesellschaft nach den Prinzipien eines smarten, digitalen Unternehmens strukturiert werden.

Die kalifornischen Unternehmen bilden trotz der Ideologie des Marktradikalismus neue Monopole aus. Denn entgegen ihrer Behauptung führt die Konkurrenz keineswegs zu »Diversifizierung« und Demokratisierung des Marktes, sondern ganz im Gegenteil zu immer größerer Konzentration von ökonomischer und damit auch politischer Macht in den Händen weniger Unternehmen. Das bedeutet nicht nur, dass ab einer tendenziell absoluten Marktmacht die Preise willkürlich diktiert werden können? wer glaubt, Google und Facebook würden kostenlos bleiben, sollte sich an die Geschichte von Soundcloud und Mitfahrgelegenheit.de erinnern. Es bedeutet vor allem bei den High-Tech-Unternehmen, dass sie mehr und mehr für grundlegende gesellschaftliche Funktionen unentbehrlich werden. Wer bei Google oder Facebook nicht auftaucht, existiert in manchen realen sozialen Netzwerken heute praktisch nicht mehr. Der Ausschluss bedeutet für Privatpersonen den sozialen, für Unternehmen den ökonomischen Tod. Sowie eine Plattform basierte Kapitalfraktion zunehmend an Dominanz gewinnt, wird darin eine neue Qualität des Monokapitalismus sichtbar, insofern Formen des gesellschaftlichen Lebens nun anhand von Nutzungsbedingungen diktiert werden können.

Die neuen Monopole der Internetriesen sind also gleichzeitig neue politische Mächte. Sie werden zu quasi-staatlichen Akteuren und genau so treten sie auch immer mehr auf: als Mächte, die die Gesellschaftsform der Zukunft bestimmen. Deutlich wird dies bspw. an Googles stadtplanerischen Ambitionen. Die Kraft, gesellschaftliche Utopien zu bilden, scheint heute ausschließlich an die High-Tech-Unternehmen

übergegangen zu sein. Das nötigt dazu, sich ihre Vorstellung von der Stadt der Zukunft etwas genauer anzuschauen.

III.3 Der panoptische Nachbar und die Ersetzung von Politik durch Polizei

Die Vision der Gesellschaft, die Google & Co propagieren, besteht in einem selbstregulierten, dynamischen System, in dem über die permanenten just-in-time Feedbackschleifen alle Bewegungen und Bedürfnisse schnellstmöglich koordiniert und aufeinander abgestimmt werden und das System so im Gleichgewicht gehalten wird. Das macht übrigens den immanent konservativen Charakter dieser gesellschaftlichen Utopie aus: das System soll sich dank der neuen Technologien trotz permanenter Veränderung als Ganzes im Gleichgewicht halten. Das aber bedeutet nichts anderes als die ewige Wiederkehr des Immergleichen, die Verlängerung des Bestehenden in die Ewigkeit. Gleichzeitig ist der kalifornische Traum totalitär. Denn um ein System bestmöglich im Gleichgewicht zu halten, bedarf es aller möglichen Informationen der Gegenwart, aus denen erst zukünftiges Verhalten und zukünftige Bedürfnisse errechnet werden können. Kein gesellschaftlicher Bereich, keine Regung darf sich also der Überführung in die Datenform entziehen, dem Senden und Empfangen verweigern, um die Stabilität des Ganzen zu sichern.

Politische Konflikte und der Prozess ihrer Aushandlung bestehen in dieser Vorstellung nur aus einem Mangel an Information oder ihrer falschen Kommunikation. Ihre Lösung besteht in der Entwicklung von Apps, die diesen Mangel beheben. In diesem Sinne sind die kalifornischen Internetunternehmen mehr als High-Tech-Konzerne, die besonders viel Gewinn machen. Sie verfolgen tatsächlich ein politisches Programm, das paradoxerweise aus der Abschaffung des Politischen und seiner Ersetzung durch eine computerbasierte Regierungstechnik besteht.

Denn Politik ist der kollektive Streit um die richtige Einrichtung der Gesellschaft. Als emanzipatorische hat sie zum Ausgangspunkt die Gleichheit aller und die Möglichkeit, über die Form des Gemeinwesens bestimmen zu können. Sie geht daher in eins mit dem Klassenkampf. Die »politische« Vision der High-Tech-Unternehmen denkt dagegen die Bestimmung der Gesellschaftsform weder in den konservativen Begriffen der Souveränität, noch in den emanzipatorischen des Klassenkampfes und der Gleichheit. Vielmehr soll die gesellschaftliche Vermittlung nur noch in Form einer rationalen Regierungskunst stattfinden, die die Koordination von Informations- und Entscheidungsströmen bewerkstelligt. Politik wird durch das Management von Datenströmen ersetzt. Im besten Falle funktioniert dies als selbstreguliertes System, in dem Algorithmen die Ströme derart automatisiert aufeinander abstimmen, dass menschliches Eingreifen ?

in dieser Vision die größte Quelle von Fehlern und Reibungsverlusten ? überhaupt nicht mehr nötig ist. Dafür würden dann nicht einmal mehr staatliche Instanzen benötigt, sondern der Markt übernehme diese Koordination, nun als »sichtbare Hand« allseitiger und transparenter Informationsflüsse. Der Markt würde damit eine allgemeine Polizei, die überwacht, dass alle Daten- und Informationsflüsse, also das gesellschaftliche Leben, ihre geregelten Bahnen ziehen können und so das Gleichgewicht des Systems erhalten. Eine Maschine, die durch permanente, über Feedbackschleifen und Evaluationen gesteuerte Selbstregulierung die bestehende Ordnung kalibriert und durch permanente Selbstoptimierung immer effizienter gestaltet.

Die Ordnung aber, nach der sich auch im digitalen Kapitalismus alle Ströme zu richten haben, ist die alte Ordnung des Privateigentums. Ohne auch nur das Geringste an den herrschenden Eigentums- und Machtverhältnissen und der irrationalen gesellschaftlichen Vermittlung über die Kapitalakkumulation ändern zu wollen, verspricht die kalifornische Ideologie eine technisch durchrationalisierte Gesellschaft. Die Realisierung des kalifornischen Traums läuft also auf nichts anderes hinaus, als die gesamte Gesellschaft in

Benthams Panopticon zu verwandeln ? ganz ohne zentrale Kontrollinstanz. Besonders eindrücklich zeigt sich das Umschlagen der Techno-Utopie unter kapitalistischen Verhältnissen in die reine Dystopie, wenn sich der kalifornische Traum in der Stadtplanung konkretisiert.

III.4 Die smarte City als kybernetische Hölle

»Solange es noch einen Obdachlosen gibt«, schrieb Walter Benjamin, »leben wir noch im Mythos.« Mythos meint hier eine Gesellschaftsform, in der die Menschen ihre Verhältnisse zueinander und zur Natur nicht selbstbestimmt und vernünftig eingerichtet haben ? also das Gegenteil von Kommunismus.

Schenkt man den Verlautbarungen der großen Internetunternehmen Glauben, so würde eine nach ihren Vorstellungen eingerichtete Welt bereits aus dem Mythos ausgetreten und somit frei und gut sein. Denn darunter machen es diese Unternehmen nicht: alles, was sie produzieren, soll nicht etwa Profit bringen, sondern die Menschheit und den Planeten retten. Deutlich kann man das an Googles Ambitionen ablesen, ganze Städte nach ihrer Vision zu erschaffen. Im kanadischen Toronto wird dies bald, zumindest partiell, Realität werden. Google hat von der kanadischen Regierung dort ein paar Hektar Land gekauft, die die angekoppelte Tochterfirma »Sidewalk Labs« nun nach ihren Vorstellungen gestalten kann. Wie sieht diese Stadt der Zukunft aus, die sich Google am Reißbrett entwirft? Wie sieht es aus, wenn das Silicon Valley träumt?

Kohlenstoffneutrale thermale Energie, automatisierte Mülltrennung, robotisierte Zulieferung ? unterirdisch oder per Drohne ? , selbstfahrender, selbstverständlich shared Nahverkehr mit Taxi-Robotern, adaptive Verkehrsführung, beheizte Radwege, Überwachung von Verschmutzung und Lärm über Monitore, modulare, daher billige und ständig veränderbare Bauweise usw. usf. Und natürlich ist alles mit allem und alle mit allen verbunden und stehen in einem permanenten Daten- und Informationsaustausch zur absoluten Optimierung aller Vorgänge. Die Stadt, letztlich die Welt, und alle ihre Abläufe sollen also in einem digitalen Netz aus Datenflüssen noch einmal genau reproduziert und reguliert werden. Ziemlich beeindruckend!

Utopie oder Dystopie? In jedem Falle muss man Google aka Sidewalk Lab zugestehen, dass sie im Gegensatz zu den Windbeuteln staatlicher Stadtpolitik ? der Alternativlosigkeit gesteigerten Elends ? einen gestalterischen Willen besitzen. Es ist eine Vision von Stadt, die sauber, smart, effizient und ohne sichtbares Leid funktioniert. Dan Doctoroff, der Leiter von Sidewalk Lab, formulierte es folgendermaßen: »We all collectively see cities as about friction: good friction and bad friction. Good friction is serendipity, it?s opportunity, it?s diversity, it?s seeing 40 different nationalities on the subway as you commute in the morning. Bad friction is congestion, it?s pollution.«

Ist die Smart City nach Google also der endlich erreichte Ausgang aus dem selbstverschuldeten Mythos? Im Gegenteil. Denn das größte Problem der heutigen Städte besteht nicht in einem Mangel an ausgezeichneten technischen Mitteln zur Planung und Koordination des städtischen Lebens. Auf dem Stand der globalen Produktivkräfte ist eine vernünftig geplante Stadt, in der es Wohn-, Genuss-, und ja, auch Arbeitsraum für alle gibt, längst denkbar. Die heutigen Städte sind aber zu dem Horror geworden, der sie sind, aufgrund des politökonomischen Produktionsverhältnisses, das unsere Gesellschaften strukturiert: dem Kapitalismus. Die Mieten explodieren, die Slums wachsen und die Mega-Cities kollabieren, weil das gesamte städtische Leben (wie das restliche gesellschaftliche) über die Warenform geregelt wird. Die Ideologinnen dieses Fortschritts ignorieren also genau wie ihr sozialdemokratisches Pendant auf Seiten der Politik den Umstand, »daß dieser Gesellschaft die Technik nur zur Erzeugung von Waren dient« (Benjamin). Weil die Technik in ihrer internen Struktur von dem Zweck der Produktion bestimmt ist, nämlich Profit zu erwirtschaften, führt sie nicht aus dem Mythos, sondern reproduziert ihn auf dem höchsten

technischen Stand. Die Kontrolle über ihr eigenes gesellschaftliches Leben wird den Menschen über die Technik nicht zurückgegeben, sondern im Gegenteil immer weiter dem brutalen Verwertungszwang übergeben. Was als neutrales, technisches Mittel zur Vereinfachung des Lebens erscheint, entpuppt sich in Wahrheit als das beste Mittel zu dessen Kontrolle und Verwertung. Denn die größte »Friction« von allen ? Politik ? taucht in Googles Stadtvision gar nicht auf, ist sie doch »bad Friction«, nämlich Überlastung, Störung Verschmutzung. Weil Googles Utopie der Stadt die politische Frage nach den Eigentumsverhältnissen explizit ausklammert, verlängert und verschärft sie nur die Entwicklungen der herrschenden, kapitalistischen Verhältnisse.

Damit ist der Weg, den eine solche Smart City nehmen würde, vorgezeichnet. Die Abwesenheit der Politik wird sie zu einer totalitären Stadt machen. Der Verwertungsimperativ würde noch die letzten Poren der Gesellschaft durchdringen und alles Nicht-Verwertbare ausschließen oder gleich auslöschen. Die Dynamik der Klassenspaltung, die der kapitalistischen Produktion inhärent ist, würde immer extreme Ausmaße annehmen. Gestützt wird dieses Unterfangen durch die Totalüberwachung der Einwohner*innen. Kein Kühlschranksinhalt, kein Pulsschlag und keine Träumerei bliebe Google verborgen: ein Überwachungsapparat bisher unbekanntes Ausmaßes.

Die Obdachlosen werden also aus der Smart City verschwinden. Aber nicht in dem Sinne, dass sie eine Bleibe bekommen haben, Obdachlosigkeit also abgeschafft wurde, sondern dass man sich ihres unappetitlichen Anblicks durch gewaltsame Vertreibung entledigt hat. Die Smart City ist der technisch hochrationalisierte Mythos.

IV. Die kommunistische Stadt

Ein Ticket für das einwöchige Burning Man Festival kostete im Jahr 2015 390\$. 1994 waren es lediglich 35\$. Mittlerweile beschwerten sich viele ?Burner?, das Event sei von einem Festival des Egalitarismus zu einem Networkingmarathon verkommen, bei dem eingeflogene Küchenchefs für Mark Zuckerberg, der sich einen Tag lang dort sehen ließ, ein Grilled Cheese Sandwich zubereiten. Den Silicon Valley CEOs kommt diese anarchokapitalistische Utopie wohl ganz recht. Der Google Gründer Larry Page erhofft sich anscheinend eine Ausweitung des Festivals, wenn er davon spricht, dass man aufgrund diverser Regulierungen und Gesetze viel Aufregendes nicht ausprobieren könne. Die Welt könnte man nicht ändern, sagt er, aber vielleicht Teile davon. Auch Tim O'Reilly, Vordenker der »Algo-Kratie«, lobt Uber dafür, dass nicht nur Passagiere die Fahrer*innen bewerten können, sondern auch umgekehrt ? während bei voller Datenkontrolle kein Taxi mehr unnötige Strecken zurücklegen muss. Über die Arbeitsbedingungen bei Uber verliert er jedoch kein Wort, ebenso wenig über die dystopische Vorstellung, dass wir alle einander nur noch bewerten.

An diesem Punkt sind wir aber noch nicht und müssen dort auch nicht zwangsläufig ankommen. Denn es formiert sich Widerstand gegen die Realisierung des kalifornischen Traums in der neoliberalen Stadt, einerseits weltweit etwa in der »Recht auf Stadt«-Bewegung und andererseits lokal gegen den GC in Kreuzberg. Dass das Unternehmen bereits jetzt versucht, sein Image im Stadtteil zu verteidigen, lässt sich wohl als Reaktion auf den Gegenwind deuten, der ihm bereits durch Initiativen wie »Fuck Off Google« entgegenschlägt. Um sich als guter Nachbar zu beweisen, verspricht Google digitale Infrastruktur und Bildung für den Kiez. Einen Vorgeschmack darauf, wie sich das Unternehmen dies vorstellt, gab es bereits: Google bietet Kleingewerbetreibenden in der Nachbarschaft an, ihre Geschäftsabläufe zu analysieren ? natürlich nur bei freiwilliger und kostenloser Herausgabe ihrer Daten. Freiwillig allemal, doch sicherlich nicht kostenlos: eben diese erhobenen Daten zeichnen ein exaktes Bild des Kiezes, welches Google nicht nur in Geld, sondern vor allem in Abhängigkeit umzuwandeln wissen wird.

Unter diesen Umständen wird sich die Gegenwehr erst einmal negativ äußern müssen. »Ehe wir den Schrott nicht beseitigen, der bloß Geld machen kann und nicht Nützliches, ist der Platz nicht frei für die Industrie, die wir wollen« (Dietmar Dath). Allerdings sollte sich diese Maschinenstürmerei stets an die kommunistische Devise halten: Zerstört die Maschinen, rettet die Baupläne! Denn nicht die Technik als solche ist »böse« oder steht einer kommunistischen Gesellschaft im Wege, sondern die kapitalistischen Verhältnisse, in denen sie entwickelt und angewendet wird. Die technologische Totalverweigerung und die blinde Fixierung auf unmittelbare Begegnungen im physischen Sinne verstellen uns die Möglichkeit, die subversiven Potentiale auszuschöpfen, die uns die Technik bietet. Dafür aber muss ein Wissen entwickelt werden, um die Baupläne überhaupt erst einmal lesen, bewerten und gegebenenfalls weiterentwickeln zu können. Wir wollen daher alle progressiven Hacker_innen in ihrer Arbeit bestärken und all jene, denen Computer als Zauberei erscheinen, ermutigen, sich auch der digitalen Technologie zu ermächtigen. Widerstand gegen die Verdattung heißt, Datenströme unlesbar zu machen und damit ihre Verwertbarkeit zu unterbrechen. Kryptoparty statt »digital detox«??!

Auch das wird aber nicht reichen. Die Entwicklung von Technik muss sowohl dem Verwertungsimperativ des Kapitals wie den militärischen-polizeilichen Anforderungen des Staates entrissen und der kollektiven Diskussion und Gestaltung übergeben werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Enteignung von Google und die Sozialisierung nicht nur seines Reichtums, sondern auch der Kontrolle über seine Entwicklungen. Erst wenn über die Entwicklung von Technik ? über Google hinaus ? alle gleichermaßen und frei von den Zwecken der kapitalistischen Verwertung oder militärischen Zerstörung bestimmen können, kann sie den Menschen dienen, anstatt dass sie ihr dienen.

Im Gegensatz zu den digitalen Avantgardist*innen glauben wir aber nicht, dass der Kapitalismus bei ausreichender Datenerfassung und Transparenz endlich den Menschen dienen wird, sondern weiterhin den Bedürfnissen des Kapitals. Aber ohne Technologie, die uns mit Menschen verbindet und tatsächlich das Potential hat, Arbeit und Zusammenleben sinnvoll zu vereinfachen, wollen wir auch nicht leben. Mit beiden dieser Logiken ? der technikfeindlichen wie der naiv-technooptimistischen ? bricht erst die kommunistische Stadt.

Gleiches gilt übrigens auch für den Privatbesitz an Grund und Boden. Solange die kapitalistische Konkurrenz und die staatliche Stadtplanung über das Zusammenleben in Städten bestimmen, wird dieses nicht frei und selbstbestimmt sein. Erst die kommunistische Stadt ermöglicht gleichberechtigte Entscheidungen aller über die Form des Zusammenlebens, indem wir bewusst unsere Belange und Bedürfnisse miteinander in Beziehung setzen und die Gestaltung der Stadt kollektiv aushandeln, ohne den Zwang der Verwertung. Ein erster Schritt in diese Richtung ist es, den Google Campus zu verhindern. Als Absage an die Gentrifizierung und eine kapitalistische Smart City. Darüber hinaus aber muss das ganze städtische Leben revolutioniert, das Privateigentum an Grund und Boden abgeschafft und der Staat zerstört werden, um den Weg für kommunistische Beziehungsweisen in der Stadt frei zu machen. Erst die kommunistische Stadt ersetzt die digitale und reale Polizei durch eine Politik der Gleichheit. Erst diese Politik wird es erlauben, die Bedingungen, Formen und Inhalte des guten Lebens für alle zu entwickeln und umzusetzen ? jenseits der Logiken von Staat und Kapital.

V. Counter Campus

Was ist der Counter Campus? Erst einmal zweierlei und dann vielleicht noch etwas mehr. Einerseits ist der Counter Campus der praktische und theoretische Widerstand gegen den geplanten Google Campus in Kreuzberg. Dahingehen ist er vor allem eine Abwehrbewegung, der Versuch zu verhindern, dass alles noch schlimmer wird. Andererseits und im gleichen Atemzug unternimmt der Counter Campus die ersten

Schritte einer Suchbewegung, die die Formen und Inhalte, die Wege und Ziele einer zeitgemäßen emanzipatorischen Politik ausloten will. Er ist also der Versuch, über die bloße Verteidigung hinaus wieder eine konkrete Utopie zu entwerfen ? gemeinsam. Er soll uns helfen, herauszufinden, was die Bedingungen sind, die es abzuschaffen und herzustellen gilt, um das gute Leben für alle zu ermöglichen.

Wenn es geschafft wird, diese beiden Bewegungen zusammen zu halten, dann kann der Counter Campus zum einem Ausgangspunkt für den Umsturz der herrschenden Ordnung werden.

2018 | Top B3rlin ? Kommunistisches Bündnis gegen alles Böse

<https://top-berlin.net/> ^[1] & twitter @counter_campus



TOP B3rlin | Seit 2006

Quelleadresse: <https://top-berlin.net/de/texte/beitraege/do-the-red-thing>

Links:

[1] <https://top-berlin.net/>